



INFORMATIONEN FÜR DIE PRESSE

Frankfurt, 23. Juni 2016

Innovationsquartier

CDU-Fraktionsrundgang und Bürgergespräch zeigen: Grundlagen für Aufstellungsbeschluss zum Ernst-May-Viertel müssen in verschiedenen Aspekten hinterfragt werden, abgestimmte Planungsprozesse von Bund, Ausführungsbehörden und Stadt Frankfurt sind geboten

"Mit der Ortsbegehung der Areale Atterberry Ost und Innovationsquartier und dem anschließenden Bürgergespräch am 22. Juni hat die CDU-Römerfraktion eine wichtige Initiative ergriffen, um mit Betroffenen und Interessierten ins Gespräch zu kommen“, erklärte die direkt gewählte Landtagsabgeordnete der Stadtbezirke Bornheim, Nordend, und Ostend, Bettina M. Wiesmann. Angeführt vom Fraktionsvorsitzenden Michael zu Löwenstein und dem planungspolitischen Sprecher Dr. Nils Kössler, hätten sich zahlreiche Stadtverordnete und Ortspolitiker der CDU ein Bild von der Situation vor Ort verschafft und sich einer lebendigen Diskussion gestellt.

„Grundsätzlich gibt es keinen Zweifel, dass in der aktuell stark wachsenden Stadt eine Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur ansteht. Deshalb ist es zu begrüßen, dass im Bundesverkehrswegeplan 2030 der Ausbau der A661 auf sechs Fahrstreifen als vordringlicher Bedarf ausgewiesen ist. Zugleich muss dem wachsenden Druck auf den innerstädtischen Wohnungsmarkt begegnet werden, auch durch Maßnahmen zur Nachverdichtung bestehender Quartiere“, unterstrich die Abgeordnete. „Entscheidend ist dabei ein behutsames Vorgehen, mit dem wir die Ausgangssituation vor Ort berücksichtigen und die Anregungen der Anwohner und Nutzer in einem transparenten Verfahren soweit wie möglich aufgreifen.“

„Im Hinblick auf das Innovationsquartier erscheinen die Vorschläge des Aufstellungsbeschlusses im Lichte der Diskussion zu schematisch. Ein behutsamerer Planungsansatz könnte mit Priorität die bereits versiegelten und kümmerlich genutzten Flächen, z.B. entlang der Friedberger Landstraße, auch in der zweiten und dritten Reihe, oder das Grundstück des Bauhofs für eine mehrgeschossige Wohnbebauung ins Auge fassen. Ein solcher Ansatz



würde auch dem Abenteuerspielplatz eine Bleibemöglichkeit eröffnen, evtl. verbunden mit einer verstärkten Zusammenarbeit mit einer schulischen oder Kinderbetreuungseinrichtung, für die ohnehin vorzusorgen ist. Basierend auf einem solchen Konzept, könnte die Atmungsfunktion des Areals in größerem Umfang erhalten werden und könnten schmerzhaft Anpassungsprozesse für viele Beteiligte minimiert werden, ohne die Wohnbebauung grundsätzlich in Frage zu stellen“, äußerte die Politikerin, die selbst seit über zwanzig Jahren im Nordend wohnt.

„Im Hinblick auf die Gebiete entlang der A661, v.a. Atterberry Ost und Katharinen-Campus, stellt sich die Frage, wie die beabsichtigte Einhausung der A661 mit den vorgesehenen Ausbaumaßnahmen in Einklang gebracht und auch im Interesse der angrenzenden Wohnquartiere gestaltet werden kann. Die Riegelbebauung von Atterberry-Ost sollte lärmabsorbierend ausgestaltet und könnte auch begrünt werden, um Abstrahleffekte zu minimieren. Die Einhausungskonzeption selbst sollte unter dem Aspekt veränderter Planungsgrundlagen nochmals bedacht werden, insbesondere die Frage, ob es sinnvoll ist, den Tunnelausgang direkt neben dem Quartier Katharinen-Campus zu bauen, um bei der preisgünstigsten Variante bleiben zu können“, so Wiesmann weiter. „Vor allem aber sollten die Planungsprozesse so aufeinander abgestimmt werden, dass die mit dem sechsstreifigen Ausbau der A661 verbunden umfangreicheren Lärmschutzverpflichtungen des Bundes mit den Bemühungen der Stadt Frankfurt klug zusammengeführt werden können. Hier liegt der eigentliche Schlüssel für eine wirklich gute Lösung.“

„Der Diskussionsprozess um die dem Aufstellungsbeschluss zugrunde liegenden Bebauungsvorschläge beginnt erst, und vielfältige Anregungen sind uns sehr willkommen. Die Ausgestaltung der um die A661 liegenden Areale bildet eine der wichtigsten auch qualitativen Entwicklungsperspektiven für unsere wachsende Stadt“, schloss die Abgeordnete.